

Annoncen
Annahme-Direc.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wülfelstr. 11)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streissand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 263.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 14. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparten Petitszettel oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Ausgabe bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 13. April. Der Kaiser hat den Kreisräten Dr. Krieger in Straßburg und Dr. Meinel in Mez den Charakter als kaiserliche Sanitätsräthe verliehen.

Dem zum russischen Konsul in Memel ernannten Hofrat v. Thal ist das Exequatur Namens des Reiches ertheilt worden.

Der König hat den bisherigen ordentlichen Professor an der Universität zu Straßburg i. E. Dr. G. Schmoller zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität in Berlin ernannt.

Der Kataster-Kontrolleur, Steuer-Inspektor Schön zu Freienwalde a. D. ist zum Kataster-Inspektor ernannt und demselben die Kataster-Inspektorielle bei der königlichen Regierung zu Stralsund verliehen worden.

Der bisherige Privatdozent bei der Universität in Göttingen, Dr. Hettner ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Berlin ernannt worden. Der bisherige Erste ordentliche Lehrer, Titular-Oberlehrer Dr. Möhrs an der städtischen Realschule I. Ordnung zu Königsberg i. Pr. ist in eine etatsmäßige Oberlehrerstelle befördert worden. Der praktische Arzt Dr. med. Blumenthal aus Juliusburg ist zum Kreisphysikus des Kreises Militz ernannt worden.

Der Militär-Intendantur-Sekretär Göbel von der Intendantur des XV. Armeekorps ist zum Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator im Kriegsministerium ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, den 14. April.

Über die unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Böttcher abgehaltene Plenarsitzung des Bundesrathes am 12. April wird offiziös berichtet:

Die Versammlung nahm zunächst Kenntniß von der Vorlage, betreffend die geschäftliche Behandlung der dem Bundesrath vorliegenden, wichtigeren Berathungsgegenstände. Die Gesetzentwürfe über die Krankenversicherung der Arbeiter, über die Unfallversicherung der Arbeiter, über Abänderung der Gewerbeordnung, über das Reichs-Tabaksmonopol und über Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879, sowie der am 10. Januar d. J. unterzeichnete Konsularvertrag mit Brasilien wurden, soweit dieselben bereits vorliegen, den zuständigen Ausschüssen zur Berathung überwiesen; soweit die Entwürfe noch nicht an den Bundesrath gelangt sind, wurde beschlossen, dieselben nach dem Eingange an die Ausschüsse zu überweisen. Mit den Ausführungsanträgen in Betreff der Vorschläge wegen Beseitung dreier Ausschüsse bei dem Reichsgericht war die Versammlung einverstanden. Schließlich wurden ein Antrag wegen Zulassung eines Steuermanns zur Schifferprüfung und eine Eingabe, betreffend die Aushebung des Zolls für eingediekte Milch, den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Wenn gleich offiziös angekündigt worden, daß die Regierung im Herrenhause nicht für das Kirchengesetz auf Grundlage des im Abgeordnetenhaus abgeschlossenen Komromisses eintreten, sondern die Annahme der ursprünglichen Vorlage empfehlen und im übrigen den Dingen ihren Lauf lassen werde, so wird doch nicht daran gezweifelt, daß das Herrenhaus die Vorlage in der vom andern Hause festgestellten Form annehmen und sich dabei wohlbewußt sein wird, im Sinne der Regierung zu handeln, die sich einstweilen nur noch nicht fest binden möchte. Die Wiederherstellung der Regierungsvorlage oder die Wiedereinführung der Artikel 4 und 5 würde unter den bestehenden Umständen unfehlbar das Scheitern des Gesetzes zur Folge haben. Ob die Regierung wirklich mit ihrer Stellungnahme zu dem klerikal-konservativen Komromiß warten will, bis gewisse Entscheidungen im Reichstag sich vollzogen haben, müssen wir dahingestellt sein lassen. Die dilatorische Haltung, welche der Bundesrath gegenüber dem vom Reichstag befürworteten Antrag auf Aufhebung des Internirungs-Gesetzes monatelang einnimmt, spricht allerdings für eine Taktik, die ein Entgegenkommen auf kirchenpolitischem Gebiet als Lohn für anderweitige Dienste vorbehält. Indessen, wenn diese Berechnung wirklich besteht, glauben wir doch nicht, daß sie sich bewähren wird. Die Zustimmung zum Tabaksmonopol dürfte dem Zentrum denn doch als ein zu hoher Preis erscheinen für Zugeständnisse, die nach seiner Behauptung nur die allerbescheidensten Forderungen erfüllen. Die Lage, in die sie sich selbst gebracht hat, wird die Regierung zwingen, das kirchenpolitische Komromiß auch ohne Gegenleistung zu bewilligen.

Die Nachricht, daß ein Gesetz bezüglich der Uebernahme der Besoldungen der Elementarlehrer auf den Staatshaushalt in der Ausarbeitung begriffen sei, taucht immer von neuem auf. Bekanntlich bildet das in Rede stehende Projekt einen wesentlichen Theil des neuen Verwendungsgesetzentwurfs, und wenn die Angelegenheit noch in einem besonderen Gesetz in Angriff genommen werden soll, so wäre damit bereits der Anfang zur Ausführung der in dem Verwendungsgesetzentwurf niedergelegten Grundsätze gemacht. Die Ausarbeitung eines Gesetzes, welches die Besoldung der Elementarlehrer aus Staatsmitteln feststellt, würde offenbar sonderliche Schwierigkeiten nicht bereiten. Allein auf die Fundamentalfrage, woher das Geld genommen werden soll, haben wir bis jetzt keine Antwort erhalten, und darum können wir allen diesen Reformprojekten, die einer realen Basis völlig entbehren und lediglich den Werth schöner Ideale besitzen,

nur ein beschränktes Interesse widmen. Oder sollte auch dieses Elementarlehrergesetz bereits die Einführung des Tabaksmonopols zur Voraussetzung haben? Wir meinen, alle allgemeinen und besonderen Verwendungsgesetze sollte man ruhen lassen, bis über die Vorfrage, die Beschaffung neuer Einnahmen, eine Einigung erzielt ist; dann wird man über die Verwendung wunderbar rasch zur Verständigung gelangen.

Unter den Vorlagen für die nächste Session des Reichstags, welche dem Bundesrath vorgelegt worden sind, ist die dringlichste ohne Zweifel die zweite Novelle zum Zolltarif. Die Bestimmungen des Zolltarifs über die Behandlung der Mühlenfabrikate haben die von schutzzöllnerischer Seite in Anspruch genommene „ehrliche Probe“ so schlecht bestanden, daß die Reichsregierung sich schon in der Session von 1881 gezwungen sah, der deutschen Mühlenindustrie durch eine weitere Erhöhung des Mehrlolls zu Hilfe zu kommen. Dieses Mittel hat sich, wie von unserer Seite vorausgesagt wurde, als nutzlos erwiesen. Soll die Mühlenindustrie nicht völlig zu Grunde gehen, so ist eine erheblichere Ausfuhrvergütung für Fabrikate unerlässlich. Wir halten diesen Weg an sich für ebenso verkehrt wie den früheren, räumen aber ein, daß derselbe so lange angezeigt ist, als man sich nicht entschließt, die Getreidezölle wieder abzuschaffen.

Dem deutschen Handel droht ein neuer Schlag durch die in Österreich-Ungarn geplante Einführung von Differenzialzöllen auf Kaffee, welcher über Triest oder Fiume eingeführt wird. Ist schon durch die bedeutende Erhöhung des Kaffeezolls die Einfahrt von Kaffee überhaupt erschwert, so wird die Festsetzung eines geringeren Zolls für den über Triest und Fiume eingehenden Kaffee den Handel der deutschen Hafenplätze mit Österreich in Kaffee für die Zukunft einfach beseitigen, natürlich wenn noch Frachtabstimmungen für die mit Differenzialzöllen bedachten Importe bewilligt werden, wie das z. B. die böhmischen Kolonialwarenhändler als Ausgleich verlangen. Daß es auf die Ausschließung des deutschen Handels, auch des mit Nordbogmen, Mähren und Schlesien schmal gefaßt betriebenen deutschen Zwischenhandels abgesehen gab, der als Experte von dem städtischen Ausschuß in Prag zur Berathung der Differenzialzölle auf Kaffee einberufene Chef einer großen Prager Kaffeeffirma J. Dunzel umwunden zu und motivirt damit den Antrag, die Stadt möge nicht, wie das in der Stadtverordneten-Versammlung als wünschenswerth im Interesse des Handels von Prag bezeichnet war, eine Kundgebung gegen die Differenzialzölle beschließen. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint denn auch der Beschluß einer Anzahl von Prager Kaffeeffirmen erklärlich, bei der Regierung selbst um Festsetzung eines recht hohen Differenzialzolls zu Gunsten des in Fiume und Triest eingeführten Kaffees, jedenfalls nicht unter 6 Gulden nebst Frachtermäßigung sowohl für Kaffee aus Triest als für alle anderen Waren, für die Differenzialzölle bewilligt werden sollten, einzukommen. Dieses direkt gegen Deutschland gerichtete feindselige Vorgehen bedeutet nichts anderes als die Anwendung der Theorie vom Schutze der nationalen Arbeit auf den nationalen Handel; zu bedauern ist nur, daß die Konsequenzen dieser in Deutschland von der Regierung selbst gepredigten Lehre wiederum grade solche Gewerbskreise treffen, wie Hamburg, Bremen, Stettin, Köln u. s. w., welche sich gegen diese Theorie mit aller Energie gewahrt haben.

In Wien soll der Petersburger Minister wechsel nach der Berathung der halbamtlichen „Wiener Abendpost“ mit Befriedigung aufgenommen sein. Es ist eine sehr erklärliche Taktik, daß die Regierungen den Friedensversicherungen Russlands gegenüber großes Vertrauen zur Schau tragen. Sie vergrößern dadurch die Verpflichtung, Wort zu halten. Die unabhängige Presse teilt aber im Wesentlichen die Auffassung, daß bei aller Anerkennung der friedlichen Tendenzen des Herrn v. Giers die größte Vorsicht geboten ist. Besonders misstrauisch zeigt sich der „Pester Lloyd“, der sich, wie folgt äußert:

Es ist ja genügend bekannt, daß Fürst Kotschakow schon seit Jahr und Tag den Geschäften vollständig fern stand, und daß Herr Giers dieselben in Händen hatte. Trotzdem erwies sich Giers keineswegs immer als der Stärkere im Kampfe gegen die Panzeristen. Es ist kaum anzunehmen, daß dieses Verhältniß sich in nächster Zeit wesentlich anders gestalten sollte. Immerhin bedeutet die Ernennung Giers' eine Konfession, eine Heuchelei, ein Zeichen der Schwäche, sie bedeutet jedenfalls, daß der Zar sich noch nicht offen zu jenem Programm bekennt, dessen Ausführung nur den Händen Ingatjev anvertraut werden könnte. Aber wie lange wird diese Disposition anhalten? Wo ist die Garantie gegeben, daß die Ernennung Giers nicht bald rückgängig gemacht, daß der Zar nicht bald ganz neuen Einflüssen erliegen werde? Nichts ist leichter, ja nichts ist wahrscheinlicher als eine Wandlung in den Entschlüssen des Zars — so weit der vertragswerte Mann überhaupt noch fähig ist, Entschlüsse zu fassen.

Gesteigert ist das Misstrauen der Wiener und Pester Blätter durch eine Petersburger Nachricht, die ihnen über Warschau und Lemberg zugegangen ist. Nach derselben ist Kotschakow, der literarische Bannerträger des Panlawismus, zum Gouverneur des Thronfolgers ausersehen. Unter dem Vor-

behalt der Bestätigung, die mit Rücksicht auf die polnische Quelle doppelt erforderlich erscheint, sieht man darin eine Koncession des Zaren an die Nationalen, und wir müßten dieser Ansicht beipflichten, wenn nicht ein Privattelegramm der „Voss. Ztg.“ aus Petersburg eine andere Deutung der immerhin möglichen Ernennung zuließe. Dieses Telegramm lautet: „Als Ereignis des Tages gilt nach der Auffassung des „Herold“ ein Artikel Katkov's gegen den Erlaß, durch den die jüdischen Apothekenbesitzer und Verwalter aus Petersburg ausgetrieben werden. Der „Herold“ behauptet, daß Katkov mit diesem Artikel angefangen habe, seine Verbindung mit der panlawistischen Partei zu lösen.“ Ist die Auslegung des „Herold“ berechtigt, so würden die Hoffnungen auf den Rückgang des Panlawismus wachsen dürfen.

Die Reise Gambetta's nach dem Süden soll verschoben, wenn nicht gar aufgegeben werden sein, weil in Erfahrung gebracht wurde, daß die Ultraradikalen entschlossen wären, eine für Gambetta feindselige Kundgebung zu veranstalten.

Die Bischöfe Frankreichs wollen den Widerstand gegen das neue Schulgesetz mit Protestschreiben beginnen, welche sie an den Präsidenten der Republik richten. Mehrere derartige Proteste sind bereits im Eliseopalast eingetroffen. Der Ministerrath wird nach der Rückkehr Jules Grévy's darüber berathen, ob der Letztere den Bischöfen antworten soll.

Am 6. d. M. richtete die französische Regierung im Einvernehmen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika an die Mächte eine Note, worin der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Arbeiten des internationalen Kongresses in diesem Jahre zu einer Zeit wieder aufgenommen werden möchten, die auf Vorschlag derjenigen Mächte später anzuveraumen wäre, welche Delegirte abzuordnen Geneigtheit zeigten.

Der „Univers“ meldet aus Rom, der Papst habe die Deputation des katholischen Gesellenvereins von Montparnasse empfangen, ihr gedankt sie zu katholischen Merken aufgeklärt und seine Liebe zu Frankreich fundgegeben, das noch immer die älteste Tochter der Kirche sei. Also doch, trotz der Austreibung der Mönchsorden und der Einführung des obligatorischen Schulunterrichts.

Mr. Bradlaugh, der Abgeordnete für Northampton, hat die Geldbuße von 500 Pfund Sterling, zu deren Zahlung er wegen unbefugter Abstimmung im Unterhause verurtheilt worden, bei seinem Rechtsanwalte deponirt und wird das Geld an die Depositenkasse des Queens-Bench-Gerichtshofes abgeführt werden und dort bleiben, bis das Haus der Lords über die von Bradlaugh gegen das Urteil eingelegte Berufung entschieden haben wird.

Die Insel Cypern wird demnächst von den Engländern mit einer Verfassung beschenkt werden. Ein gesetzgebender Rath aus neun Christen und drei Mahomedanern wird im Vereine mit sechs englischen Beamten von nun an Gesetze berathen und Steuern erörtern. Der erste Rath soll eine Lebensdauer von drei Jahren und der zweite von fünf Jahren haben; doch kann die ganze Verfassung von der Königin umgeändert oder abgeschafft werden.

In der in London abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Submarine Continental Eisenbahngesellschaft gab der Direktor Sir E. Watson Auffällige über die auf Anordnung des Handelsamtes erfolgte zeitweilige Einstellung der Vorarbeiten für den Bau des Tunnels zwischen England und Frankreich. Er sagte unter anderem:

Die Direktoren hätten niemals behauptet, daß sie den Tunnel dem Parlamente und der Regierung zum Trost bauen würden, denn sie sähen wohl ein, daß die Regierung die nationalen Interessen in der Herstellung eines solch nationalen Werkes berücksichtigen müsse. Das Handelsamt hätte von Zeit zu Zeit erklärt, daß das Werk einer Privatgesellschaft in einem solchen Falle nicht die Sicherheit der Nation gefährden, noch ein Monopol sein dürfe. Seitens der Gesellschaft sei der Beweis geliefert worden, daß der Tunnel an dem einzigen Platze gebaut würde, wo er hergestellt werden könnte, und daß er leicht demoliert werden könnte, wenn dies zum Schutze des Landes für nötig befunden werden sollte. Die Schäfte befinden sich in einer solchen Lage, daß die Mündung des Tunnels leicht vertheidigt und der Tunnel von mehr als einem Punkte der Operation aus zerstört oder über schwemmt werden könnte. Die Regierung habe ganz Recht, auf ihrer Sut zu sein, denn die internationale Frage bezüglich der Dreimeilezone des Meerestebettes sei niemals vorher entstanden oder angeregt worden. Die Regierung habe die Gesellschaft erachtet, ihre Operationen einzustellen, bis die vom Parlament niederge setzte Militärförderung ihr Gutachten über das Unternehmen abgegeben habe, und die Gesellschaft habe sich nicht, diesem Gesuch Widerstand entgegenzusetzen. Auch soll auf die Anfrage eines gewissen Mr. Hughes Graf Wolke erklärt haben, daß nach seinem Dafürhalten durch eine Dynamitsprengung der Tunnel auf Monate ungängbar zu machen sei würde.

Der „Schles. Ztg.“ gehen aus Stuttgart „von distinguirter, über die Vorgänge in den russischen Hofkreisen wohl unterrichteter Seite“ folgende Mittheilungen zu:

In der nächsten Umgebung des russischen Kaiserpaars ist man

wegen der Krönung sehr besorgt; besonders ist dies seit einem Bericht der Fall, den der General-Gouverneur von Moskau, Fürst Dolgorukow, bei seiner letzten Anwesenheit in Petersburg abgestattet hat. Der Fürst äußert sich in diesem Berichte dahin, daß er nach allen Erkundigungen, die er eingezogen, nach Allem, was ihm auf verschiedenen Wegen zugegangen, jede Verantwortlichkeit für etwaiige Ereignisse ablehnen müsse und nur rathe könne, die Krönung auf bessere ruhigere Zeiten zu verschieben. Die Kaiserin, deren Einfluß hauptsächlich die letzte Begnadigung von 9 zum Tode verurtheilten nihilistischen Verbrechern zu verdanken ist, soll durch die Ermordung des Generals Streltsin sehr ergriffen worden sein, wozu wohl auch der Zustand, in welchem diese sich augenblicklich befindet, viel beiträgt. Das Kaiserpaar und die demselben zunächst verwandten Mitglieder der kaiserlichen Familie sind unzufrieden mit dem Verhalten der Fürstin für jene Skala Dolgorukow, der Witwe Alexander II., welche ihre Trauer jetzt noch immer auf das Osterfest zur Schau trägt, noch immer, obwohl der Kaiser sich nicht mehr der Trauerwagen bedient, in einem ganz mit schwarzen Tuch ausgekleideten und augenbedeckten Coupe fährt, noch täglich in der Leidenschaftsreiche Seelenmessen abhalten läßt u. s. w. In letzter Zeit hat die Fürstin auch häufige Besuche in Gatschina gemacht, ja sogar einmal ihre Kinder mitgebracht, damit diese mit denen des Kaisers spielen sollten. Man hat sie in höflicher Form eracht, solches künftig zu unterlassen.

Der „Golos“ bespricht mit besonderer Anerkennung die in Berlin erschienene, von uns besprochene Broschüre des Grafen P. Kutusow und sagt zum Schluß unter Anderm: „Besonders angenehm berührt uns der in der Broschüre ausgesprochene Gedanke des Grafen, daß Russland, das durch die Kriegsrufe des Generals Skobelew und der ihm zuzublendenen Publizisten fast in einen Krieg nicht nur mit Österreich und Deutschland, sondern auch mit den Magyaren, Rumänen, Türken und Griechen hineingezogen wäre, daß diesem Russland eher eine versöhnende und vermittelnde, als eine provozierende Rolle den genannten Völkern gegenüber bestimmt ist. Der Graf sieht den Beruf der slawischen Völker in der friedlichen Vermittelung der Lösung wichtiger politischer und sozialer Fragen. Wir wünschten von ganzem Herzen, diesen Traum einiger unserer Philosophen theilen zu können; diesen Beruf kann aber Russland nur dann erfüllen, wenn es die Nothwendigkeit einsieht, alle Anstrengungen zu machen, um seine Politik als die Politik eines großen Volkes, nicht auf Blut und Eisen, sondern auf den großen Prinzipien der Zivilisation zu gründen.“

Die von mehreren russischen Blättern gerüchtweise gebrachte Nachricht, es würden in nächster Zeit alle ausländischen Unterthanen, die auf russischen Eisenbahnen dienen, entlassen werden, hat in Kowno große Aufregung erregt. Auf der warschauer Eisenbahn besteht nämlich der größte Theil der Beamten aus Ausländern. Die Polizeibehörden werden mit Bittschriften über Aufnahme in den russischen Unterthanenverband überschüttet. Die „Nov. Wr.“ hat ihre Forderungen hinsichtlich der in Russland lebenden Ausländer dahin herabgesetzt, daß sie verlangt, den Grundbesitz zu den russischen Unterthanen beizugeben, wodurch die russischen Rechte die russische Unterthanen beizugeben werden. In Bezug darauf fragt der „Golos“:

„Vor allen Dingen wäre es interessant, zu erfahren, welche „wesentlichen politischen Rechte“ bei uns mit dem Grundbesitz verbunden sind? Wir gestehen offen ein, daß wir dergleichen Rechte nicht kennen; auch die Gesetze kennen nicht solche. Mitglied der Landschaftsversammlungen sein, die machtlos sind und keine selbständige Bedeutung haben, kann doch nicht als ein wesentliches politisches Recht der Grundbesitzer hingestellt werden. Das Blatt, das gegen die Ausländer einen Feldzug unternommen hat, kennt nicht die Gesetze, betreffend die landschaftlichen Institutionen. In diesen Gesetzen heißt es buchstäblich: „Nicht zum russischen Unterthanenverband angehörige Grundbesitzer können nicht an Wahlversammlungen Theil nehmen.“

Die Unterseite dauert in Russland ungestört fort. Aus Dünaburg wird der Unterschleiß von 120,000 R. g. Pulver gemeldet. Es sollen deswegen 300 Untermilitärs das selbst verhaftet sein. Wunderbare Zustände müssen im Gouvernement Perm herrschen. Von den 411 daselbst angestellten Gemeindeältesten wurden im Laufe des vergangenen Jahres 211 wegen Vergewaltigung und Verwendung der Gemeindesteuern im eigenen Interesse zu Gefängnisstrafen verurtheilt. In den 2837 Dorfgemeinden des Gouvernements wurden nicht weniger als 1175 Dorfälteste (starost) wegen Unterschlagung der Gemeindeländer mit harten Strafen geächtigt. Von den Gemeindeschreibern wurden nicht weniger als 22 wegen Unterschleiß und Verpräfung der Gemeindeländer zu hohen Gefängnisstrafen verurtheilt, außerdem wurden 78 wegen Diebstahl und Betrugs in dienstlichen Angelegenheiten entlassen, und 134 wegen Verschwendungen der eingezogenen Steuergelder zur Verantwortung gezogen. Die Steuerausfälle in diesem einzigen Gouvernement werden auf mehr als 2 Millionen geschätzt. — Die Untersuchung der Zolldeputationen in Taganrog wirft immer mehr Licht auf jene standalösen Vorgänge, während deren mehr als zehnjähriger Dauer die Regierung um 20 Millionen Zollgebühr bestohlen wurde. Daß die Regierung durchschnittlich alle Zollbeamten per Spitzbuben hält, geht aus folgendem Vorfall hervor: Als vor längerer Zeit der Chef des Zolls in Sandomir Schilinski, mit 65,000 Rubeln Kronengeld ins Ausland flüchtig geworden war, wurden, wie „Golos“ damals meldete, die Zollbeamten von der Oberbehörde aufgefordert, zwei ihrer Photographien nicht eigenhändig der Namensunterchrift und polizeilicher Bestätigung der Ähnlichkeit einzufügen. Als Motiv für diese Verordnung führt die Leitung des Zollamts an: aus Mangel an einem Signalement seien die Recherchen nach Schilinski erfolglos geblieben; man wünsche ähnlichen Fällen für die Zukunft vorzubeugen!

Priese und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 13. April. [Die Liberalen und die Wahl. Prof. Schäffle und die sozialpolitischen Gesetzentwürfe.] Wenn die politisch sicherlich günstigen Aussichten der Liberalen für die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und für die möglicherweise zugleich stattfindenden Wahlen zum Reichstag nicht durch taktische Fehler, insbesondere durch Uneinigkeit der drei liberalen Gruppen verschlechtert werden sollen, so wird bis zur Eröffnung der eigentlichen Wahlagitation noch viel aus der Mitte der Wählerhaften geschehen müssen, um den Eifer einzelner Fraktionen zu mäßigen. Das zeigt sich schon jetzt deutlich an der Bitterkeit, mit welcher in den Fraktionsblättern, beispielsweise anlässlich der am zweiten Osterfeiertage in Bremen stattgehabten liberalen Konferenz, jeder vermeintliche Einbruch der einen

Fraktion in den wirklichen oder behaupteten Besitzstand einer anderen erörtert wird, in diesem Falle sowohl von fortschrittlicher, als von nationalliberaler Seite gegenüber vermeintlichen secessionistischen Großerungsabsichten, in anderen Fällen in anderer Kombination der Fraktions-Gefechteile. Denjenigen liberalen Politikern, welche sich wenig für die Glorie einer der drei Fraktionen, aber um so mehr für die Wiedererstarkung des Liberalismus im Volke und im Parlament interessieren, hat die Frage des Verhaltens der ersten bei den bevorstehenden Wahlen schon vor längerer Zeit Anlaß zur Erwägung des einzuschlagenen Weges gegeben. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die National-Liberale für das Abgeordnetenhaus zur Zeit das Mandat noch für Wahlkreise besitzen, welche bei der vorjährigen Reichstagswahl bewiesen haben, daß sie eine entschiedenere Vertretung des Liberalismus für notwendig halten. Es wird ebenso schwer sein, den National-Liberale den Verzicht auf den äußerlich noch für sie sprechenden Besitzstand, wie der Fortschrittpartei und der liberalen Vereinigung die Resignation zuzumuthen, daß sie aus der zu ihren Gunsten innerhalb der Wählerschaft konstatierten Veränderung der Stimmung keinen politischen Vortheil ziehen sollten. Wie über diese Schwierigkeit hinwegzukommen sein wird, ohne daß es Angebots des gemeinsamen Gegners zum Kampf der liberalen Fraktionen kommt, das wird hauptsächlich von den einzelnen Wählerschaften abhängen. — Nun Professor Schäffle bei der Ausarbeitung der neuen sozialpolitischen Entwürfe der Reichsregierung zu Rath gezeigt worden, so scheint dieser Rath, nach der soeben erschienenen Schrift Schäffle's über den „korporativen Hilfsfassenzwang“, bei der Absaffung der Vorlagen doch wenig beachtet worden zu sein. Der frühere österreichische Minister denkt sich, wie man aus seinen früheren Arbeiten weiß und aus der vorliegenden von Neuem erseht, ein großes System nationaler, je ein Gewerbe oder eine Anzahl verwandter Gewerbe umfassender „korporativer Genossenschaften“, deren jedes für ihre Angehörigen, wenngleich innerhalb der Genossenschaft lokal gegliedert, die Fürsorge für alle Versicherungs-zwecke, Alters-, Unfalls-, Kranken-Versicherung &c., zu übernehmen hätte. Wie man auch über diesen, durchweg den Beitritts- und Beitrags-Zwang voraussetzenden Ideen-Bau denken mag, er ist jedenfalls konsequent durchgeführt. Dagegen sind die jetzt dem Bundesrat vorgelegten Entwürfe der Reichsregierung, welche für das Krankenfassenwesen lediglich alle alten, kleinen Verbände befreien lassen und für die Unfallversicherung Genossenschaften nur der Arbeitgeber projektiert, die für den Zweck der Altersversicherung so nicht brauchbar wären, Stückwerk ohne sichtbaren Zusammenhang. Auch im Einzelnen zeigt sich vielfach, daß man sich zur Vertheidigung dieser neuen Entwürfe auf Herrn Schäffle keineswegs durchgängig, und zwar in wichtigen Punkten nicht, berufen kann. Während die Regierung an dem Reichszuschuß zu den Prämiern der Unfallversicherung festhält, erklärt Herr Schäffle, die letzteren seien so geringfügig, daß die Produktion sie kaum reagen wage. Nur für die Altersversicherung gäbt er für eine Übergangszeit, bis die Lohnsätze sich dem Bedürfnis angepaßt haben, allmählig geringer werdende Zuschüsse der Staatskasse für erforderlich. Bei dem bekannten, dem Sozialismus sich stark nährenden Standpunkt Schäffle's wird seine Schrift auf liberaler Seite viel Widerspruch erregen; aber zugleich wird sie allem Anschein nach auch allen Gegnern des Bismarck'schen sozialpolitischen Vorgehens Waffen liefern.

□ Warschau, 9. April. [Sicherung der Landesgrenzen.] Bekannt ist, daß seit zwei Jahren Ingenieure und andere Offiziere vom Generalstab die Provinz bereisen und Terrainrekonstruktionen vornahmen, weniger bekannt aber dürfte der Zweck dieser Reisen und Rekonstruktionen sein. Natürlich wird dieser auch nicht nach seiner vollen Bedeutung in die Öffentlichkeit gelangen, und nur soviel verlautet aus den betreffenden Kreisen, daß es sich bei den derartigen Revisionen um die Sicherung der Grenzen gegen den Westen handelt und um die Abgabe einer Begutachtung, inwieweit die jetzt bestehenden befestigten Punkte in Polen einen Schutz nach dieser Richtung zu gewähren geeignet sein dürften. Wie aus in dieser Hinsicht maßgebender Sphäre verlautet, hat man die Festungen Polens und namentlich die Werke bei Warsaw in keiner Weise als Schutzwerke nach außen, sondern lediglich als Sicherung gegen innen erkannt und sollen nun Pläne zur Deduktion der Grenzen entworfen und besonders die Befestigung der Linie von Kutno über Kosznowice, Kolo &c. zur Vorstellung an höchster Stelle gebracht werden. Es sind dies natürlich nur Gutachten der betreffenden Kommissionen, und bis zur weiteren Prüfung und gar zum Beschließen von Seiten des Kriegsministeriums ist es noch weit hin, aber zugegeben muß werden, daß die vorgenannte Linie als Sicherung der Westgrenze die geeigneten Punkte zu Befestigungen bieten könnte, daß aber an die Ausführung der gemachten Vorschläge noch lange nicht zu denken ist, — da Russland, wie selbst die exaltirtesten Chauvinisten zugeben müssen, seine ganze Aufmerksamkeit und Kraft nach innen zu richten hat.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 14. April.

r. Diebstahl. Einem hiesigen Kaufmann sind in der Nacht vom 12.—13. d. M. aus seinem auf der Gr. Gerberstraße an der Warthe gelegenen Speicher mittels Einstiegs durch eine der Lüfen 34 Cr. Kieselam im Gesamtwerthe von 300 M. gestohlen worden. Dieselben wurden gestern unter einem Kahn auf einem der Holzplätze an der Warthe versteckt vorgefunden, und dem rechtmäßigen Besitzer zurückgestellt.

△ Aus dem Kreise Breslau, 12. April. [Fleischbeschauer. Kartoffelsäfer. Milbrand. Kreisblatt.] Für den ersten Fleischbau-Besitz des Polizei-Distrikts Gräb ist der Fleischbeschauer Glomaci zu Gräb konzessionirt worden. Der Lehrer Michal in Linde ist zum Fleischbeschauer für die Ortschaft Linde nebst dem Vorwerke Algier ernannt worden. — Durch Verfügung der königlichen Regierung werden die Landwirthe aufgefordert, beim Auf-

geben der Kartoffelpflanze mit aller Sorgfalt auf das Auftreten des Kartoffelsäfers zu achten und jede entdeckte verdächtige Erscheinung den zuständigen Polizeibehörden sofort zur Anzeige zu bringen. — Unter dem Kindheit des Eigentümers J. Obi zu Terezpolde ist der Milbrand ausgetragen. — Das amtliche Kreisblatt für den Kreis Breslau, das bisher von dem Buchhändler Streissand in Gräb verlegt wurde, erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage des Buchdruckereibesitzers Evald zu Neutomischel.

+ Neustadt b. P., 12. April. [Gesangverein. Geschäftsbüro nahm e. Besitzung.] Am zweiten Osterfeiertage veranstaltete der hiesige evangelische Gesangverein unter Leitung des Kantors Mertner und des Vorstehers Gutsche im Schiller'schen Saale hierfür ein Liebhabertheater. Der Erlös war nach Abzug der Kosten zu wohltätigen Zwecken bestimmt. Aus der hiesigen Stadt sowohl als von Auswärts waren viele Gäste erschienen, so daß das Theater sehr stark besucht war und mehrere Gäste wegen Mangel an Raum nach Hause gehen mußten. Nach dem Theater folgte ein Tanzvergnügen, welches die Gesellschaft in heiterer Stimmung bis in die Morgenstunden zusammenhielt. — Der von Berlin zurückgekehrte Bürgermeister Karastewicz hat vom dem Beigeordneten Kaufmann Nödel, welcher die Magistrats- und Polizeigehäuse während der Abwesenheit verwaltet hatte, wieder übernommen. — Nachdem nun mehr der Steuerausleger Balitski vom 1. d. M. ab in den Ruhestand versetzt ist, ist für diese Stelle der Grenzausleger Abel aus Boeskov definitiv bestätigt worden und hat bereits die Geschäfte übernommen.

II Bromberg, 12. April. [Unglücksfall. Theater.] Gestern sah ich auf dem Bahnhofe in Schulitz ein recht beklagenswerther Unglücksfall zugetragen. Der dreizehn Jahr alte Sohn des Besitzers Gang aus Kaslowo Dorf, welcher sich seit einigen Tagen bei seinem in Schulitz wohnenden Onkel zum Besuch aufhält, war gestern mit dem Sohne desselben auf den Bahnhof gefahren, wo selbst Breiter verladen wurden, welche sein Onkel ihm lieferte. Der junge Gang betrat unvorsichtiger Weise ein Bahngleis, auf dem rangiert wurde und geriet hierbei zwischen zwei Wagen, leider so unglücklich, daß er von den Russen darüber erfaßt, ihm der Kopf zerquetscht und der arme Knabe sofort getötet wurde. — Theaterdirektor Janisch hat uns mit seiner Gesellschaft verlassen und geht jetzt in Ratibor vorstellungen. Derselbe tat der Stadt eine recht gute Einnahme verschafft wenigstens mehr Miete für das von ihm benutzte hiesige Theater geahlt, als seine Vorgänger — 1500 M. während der Winteraison, während sonst nur höchstens 900 M. an Pacht eingingen.

Landwirtschaftliches.

z. Tirschtiegel, 12. April. [Musikalverein.] Die am 2. d. M. abgehaltene Sitzung des hiesigen aus 54 Mitgliedern bestehenden landwirtschaftlichen Musikal-Vereins war sehr zahlreich besucht. Zuerst hielt Herr Distrikts-Kommarius Heinrich hierfür einen längeren, die Sache erschöpfenden Vortrag über das Gesindewesen, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Als zweiter Gegenstand der Berathung stand auf der Tagesordnung: Vortrag des Mühlensitzers O. Händsche zu Neumühl über Moorfultur. Nachdem der Vortragende den betreffenden Gegenstand nach seiner Kenntnis und Erfahrung behandelt hatte, entpuppte sich eine längere Debatte, in welcher namentlich Gutsbesitzer Hielcher zu Schilln eine von der des Vortragenden etwas abweichende Methode der Moorfultur mittheilte und verteidigte. Die nächste Zusammenkunft findet am 4. Juni d. J. Nachmittags 3 Uhr im Zweier'schen Saale hierfür statt. Bei derselben wird Herr Wanderlehrer Pfützer aus Posen einen Vortrag über Wiesenfultur (Düngung und Veriselung) halten. Im Monat Mai findet keine Sitzung statt.

Staats- und Volkswirtschaftliches.

* Leipzig, 13. April. [Garnbörse.] Die in der bevorstehenden Ostermesse in den Räumen der Leipziger Börse stattfindende Garnbörse wird Freitag den 21. April ihren Anfang nehmen.

** Wien, 13. April. [Die österreichisch-sarmatische Bank] hat den Lombardzinssfuß von 3½ auf 5 p.C. herabgesetzt.

** Wien, 13. April. [Bei der Öfferturkabandlung] für 37,565,158 Fl. effektiv 5 proz. österreichischer Notenrente, welche heute unter dem Vorsteher des Finanzministers stattfand, blieb die Creditanstalt-Rothschild-Gruppe mit einem Angebot von 92,12½ für 100 Fl. nominal Ersterin. Die Bodencreditanstalt hatte 90,15, die Länderbank 91,53, die Unionbank 91,06 offerirt.

** Wien, 13. April. [Wochenausweis der österreichischen Südbahn] vom 2. bis zum 8. April: 720.530 Fl. Viehannahme 40.485 Fl.

[Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn] (gesammtes Netz) betrugen in der Zeit vom 1. bis zum 10. April 197,033 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mindereinnahme von 22,630 Fl.; die Einnahmen des alten Netzes betrugen in der Zeit vom 1. bis zum 10. April 154,976 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mindereinnahme von 27,477 Fl.

Bermischtes.

* Sport-Ausstellung Berlin. Die Programme der Sport-Ausstellung Berlin sind lobend ausgegeben worden und zeichnen sich auf den ersten Blick durch eine elegante, sportliche Ausstattung aus. Was den Inhalt betrifft, so erfüllt es die Sportausstellung als ihr Ziel, mitarbeiten zu wollen an unserer deutschen körperlichen und selbstbewußten nationalen Kraftentwicklung — gegenüber der materiellen Zeitrichtung — durch Sport. Dies soll erreicht werden: durch eine größere Ausstellung, Gründung am 1. Juni 1882, welche zuerst das Interesse des großen Publikums für Sport durch Vorführung geeigneter Sportmaterials erwecken soll, und ferner durch eine sich hieran anschließende permanente Ausstellung, gewissermaßen eine Sport-Akademie für den wirklichen Sportsman. Die letztere Ausstellung will dann versuchen, ein Zentralpunkt für allen kleinen Sport zu werden: die zerstreuten Jagd-, Ruder-, Segel-, Velociped-, Turn-, Athletik &c. Vereine zu zentralisieren und denselben nützlich zu sein; sie wird aus den eventuellen Erträgen der großen Ausstellung Preise für Steple-Chases, Segel- und Ruder-Negativen, Velociped- und Athletik-Meetings ausspielen, daran mitarbeiten, in die professionelle Küstenbeförderung durch Segel- und Ruderpreise einen regen Wettbewerb zu verpflanzen; sie wird überhaupt den deutschen Sport nach jeder Richtung hin zu beleben und zu fördern suchen. — Patronirt werden diese sportlichen Bestrebungen durch eine Reihe glänzender Namen der hohen Aristokratie, aus der Sportswelt und hervorragender Fachmänner. Wir nennen nur die folgenden: Georg II., Regierender Herzog zu Sachsen-Meiningen und Hildburghausen; Ernst II., Regierender Herzog zu Sachsen-Coburg und Gotha; von Stoich, Kgl. General der Infanterie, Chef der Admiralität und Staatsminister Berlin; Victor, Herzog von Ratibor, Fürst von Corvin, Präsident des Union-Club, Schloss Rauden; Hugo, Fürst zu Hohenlohe, Herzog von Ujest, Slawenz; Wilhelm, Fürst zu Wied, Neuwied; Eberhard, Graf Erbach zu Erbach, Erbach im Odenwald; von Brühlwitz, Kgl. Major d. O. und Kgl. Kammerherr, Berlin; Freiherr von Thielmann, General-Sekretär d. Union-Club; Prof. Dr. Stiegast, Kgl. Geh. Regierungsrat, Berlin; Fr. Sprengel, Kgl. Forstmeister, Dozent der Forstwissenschaft, Bonn; Nicolas, Graf Esterhazy, Wien; Hans Ulrich, Graf Schaffgotsch, Roppis; C. Herm. Wenzel, Vor. des Norddeutschen Negativen-Vereins, Hamburg; von Homeyer, Präsident der deutschen allgemeinen ornithologischen Gesellschaft zu Berlin, Stolp; Wilh. Priesler, Vor-

Vetterbericht vom 13. April, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	737	SSD	6 Regen	8
Berdeem	754	D	8 bedeckt ¹⁾	4
Christiansund	758	S	1 heiter	0
Kopenhagen	758	DRD	2 wolkenlos	1
Stockholm	755	RWB	4 wolkenlos	-3
Haparanda	752	R	2 wolkenlos	-6
Petersburg	—	—	—	—
Moskau	754	S	1 halb bedeckt	-1
Cork, Queenst.	738	S	6 halb bedeckt ²⁾	11
Brest	746	SWB	4 Dunst ³⁾	11
Yelde	753	SD	1 bedeckt	7
Sult	747	DRD	2 bedeckt ⁴⁾	3
Hamburg	757	WSW	2 bedeckt	5
Neumünster	757	RWB	1 Regen	4
Reusfahrwasser	756	S	1 bedeckt	5
Memel	756	RRD	3 Schnee ⁵⁾	0
Paris	—	—	—	—
Münster	756	D	1 bedeckt	3
Karlsruhe	759	SSD	1 wolfig ⁶⁾	3
Wiesbaden	758	SD	1 heiter ⁷⁾	8
München	761	SD	2 wolkenlos	1
Leipzig	760	SSW	4 halb bedeckt ⁸⁾	4
Berlin	757	SW	2 halb bedeckt	4
Breslau	752	W	2 wolkenlos	4
Neu-Dix	—	—	—	—
Nizza	—	still	wolkenlos	10
Triest	764	—	—	—

¹⁾ Seegang hoch. ²⁾ Große See. ³⁾ Große See. ⁴⁾ Abends regnerisch. ⁵⁾ Nachts leichter Schneefall. ⁶⁾ Reif. ⁷⁾ Dunst. ⁸⁾ Reif. ⁹⁾ Früh Reif. ¹⁰⁾ Spät Reif.

Skala für die Windstärke:
 1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Amerikana: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Beim Herannahen der gestern erwähnten Depression vom Ozean westlich von Irland her, sind über den britischen Inseln bei rach selendem Barometer und trübem Wetter mit ergiebigen Niederschlägen die Winde stellenweise stürmisch geworden, während im deutschen Küstengebiete unter Einfluss sekundärer Depressionen trübes Wetter mit schwacher Luftbewegung herrscht, im Westen mit Regen, im Osten mit Schneefällen. Neben der Südhalbkugel Europas dagegen dauert das sülle, heitere und trockene Wetter fort. Die Morgentemperatur ist meist höher als gestern, jedoch fanden im deutschen Binnenlande noch vielfach, in Süddeutschland noch allenfalls ziemlich intensiv Nachfröste statt. Bei Ausbreitung des Einflusses der Depression im Westen dürfte zunächst für Deutschland west-ostwärts fortschreitende weitere Erwärmung mit auftretenden südlichen Winden und Niederschlägen zu erwarten sein.

Deutsche Seewarte.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 13. April. S. M. S. "Luise", 8 Geschütze, Kommandant Korvetten-Kapitän Stempel, ist am 23. März c. in Kingstown eingetragen und beabsichtigt am 4. April c. nach Havanna zu geben.

München, 13. April. Die Kammer der Abgeordneten nahm bei Berathung des Justizrats trotz des lebhaften Widerstands des Justizministers mit 75 gegen 68 Stimmen den Antrag auf Verminderung der Landgerichte und Ober-Landesgerichte an.

München, 13. April. Der Reichsrath Frhr. v. Schrenk beantragt in seinem Referate, die Kammer der Reichsräthe wolle dem Beschlusse der Abgeordnetenklasse betreffs der tegernseer Erklärung beitreten.

Wien, 13. April. Zur Berathung der den Delegationen zu machenden Vorlagen fand gestern ein vierstündiger Ministerrat statt; die Berathung wird heute fortgesetzt.

Wien, 13. April. Die "Polit. Korresp." lässt sich aus Belgrad melden, das Petersburger Kabinett habe eine vertrauliche Anfrage nach Belgrad gerichtet wegen des Fernbleibens der königlichen Familie und der Minister von der zur Erinnerung an den Kaiser Alexander II. abgehaltenen Todtentseier. Der russische Ministerresident v. Persiani begebe sich nach Petersburg, um die Angelegenheit aufzuklären und sein Verhalten dabei zu rechtfertigen.

Prag, 13. April. Dem "Prager Lloyd" zufolge beschloss das Wahlkomite des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, den Kompromißantrag der Konservativen nicht ohne Weiteres abzuweisen und verschloß sich nicht der Thatsache, daß der Großgrundbesitz sich nicht zu weit in die Oppositionspolitik hineinziehen lassen könne, weil zwischen jeder Regierung in Österreich und dem Großgrundbesitz eine gewisse Solidarität der Interessen besthebe.

Wien, 13. April. Wie die "Pester Korrespondenz" meldet, wird die den Delegationen zu unterbreitende Vorlage über den Okkupationskredit nicht den Bedarf für das ganze laufende Jahr umfassen, sondern nur die nach den bisherigen Berechnungen nothwendigen Summen zum Baue der projektierten Befestigungen und Straßen, sowie zur Erhaltung der Truppen bis Ende Oktober, da die ordentliche Session der Delegationen ohnehin spätestens Mitte Oktober beginnt.

Rom, 13. April. Der König von Württemberg wurde heute vom Papst empfangen.

London, 13. April. Der deutsche Botschafter, Graf Münster, hat sich gestern nach Hannover begeben; die Geschäfte der deutschen Botschaft werden inzwischen von dem Legationsrath Grafen Herbert Bismarck versehen. Der russische Botschafter, Fürst Lobanow, hat, wie die "Morningpost" erfährt, eine Aufsichtserklärung erhalten, nach Petersburg zu kommen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
13. Nachm. 2	748,5	W mäßig	trübe	+13,3
13. Abends 10	748,3	N lebhaft	bedeckt	+2,7
14. Morgs. 6	745,5	O lebhaft	trübe	+2,8

Am 13. Wärme-Maximum +14° Cels.

Wärme-Minimum +0° Cels.

Großkunden - Börse.

Berlin, 13. April. Wind: NW. Wetter: Bewölkt.
Weizen per 1000 Kilo lolo 202—233 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark, ab Bahn, per April — Mark bezahlt, per April-Mai 228—228 bezahlt, per Mai-Juni 219—218½ bezahlt, per Juni-Juli 218—217½ bezahlt, per Juli-August 212—212 bezahlt, per September-Oktöber 208—207½ bezahlt. — Gekündigt 4000 Zentner. — Regulierungspreis 228 Mark. — Roggen per 1000 Kilo lolo 147 bis 166 Mark nach Qualität gefordert, inländischer 164 Mark ab Bahn bezahlt, exqu. do. — R. p. Bahn bezahlt, def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer, polnischer u. galizischer 147—153 M. ab Bahn bezahlt, per April 155—155½ bezahlt, per April-Mai 155—155—155 bezahlt, per Mai — bezahlt, per Mai-Juni 154—154—154 bezahlt, per Juni-Juli 152—153—153 bezahlt, per Juli-August — bezahlt, per September-Oktöber 152—153 bezahlt. — Gekündigt 7000 Ztnr. Regulierungspreis 155½ M. — Gekündigt per 1000 Kilo lolo 129—200 Mark nach Qualität gefordert. — Päfer per 1000 Kilo lolo 125 bis 170 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 127 bis 142 bezahlt, ost- und westpreußischer 137 bis 150 bezahlt, pommerischer und Udermärker 127 bis 145 bezahlt, schlesischer 140 bis 155 bezahlt, f. d. 157—161 bezahlt, böhmischer 140—155 bezahlt, f. d. 157—161 M. bezahlt, fein weiß medlenburgischer ab Bahn bezahlt, per April — bezahlt, per April-Mai 132—132½ bezahlt, per Mai-Juni 133—133 bezahlt, per Juni-Juli 135 bezahlt, per Juli-August 136 Mark. — Gekündigt 13000 Zentner. Regulierungspreis 132½ M. — Erbien per 1000 Kilo Kochwaren 160 bis 200 Mark, Futterwaren 142 bis 158 Mark. — Mais per 1000 Kilo lolo 140—153 nach Qualität gefordert. — ver April — M.

Berlin, 13. April. Zwar herrschte auch heute eine recht feste Tendenz, dennoch fanden es größere Spekulanten für angezeigt, mit umfangreichen Blanksagaben in den Markt zu treten. Die solcher Gestalt auftretende Bahnströmung fuhrte indeß nur auf schwachem Grunde und hörte man vielfach die Neuerzung, daß hierzu lediglich die kaum einmal verbürgte Nachricht, daß der Massen-Berwalter der Union générale eine Einzahlung auf die jungen Aktien des Institutes ausschreiben werde, die Veranlassung geboten habe. Bald jedoch fand günstigere Tendenz zum Durchbruch. Die umfangreichen, aus den Kreisen des Privat-Publifums an den Markt gelangenden Kaufordnungen zu deutlich erkennen, daß das Vertrauen auf eine dauernde Er-

Höndes- II. Aktien-Börse.

Berlin, den 13. April 1882.
Preußische Höndes- und Gold-Courte.
Preuß. Konf. Knt. 104.70 B
do. neue 1876 101.60 B
Staats-Anleihe 101.10 B
Staats-Schuldbch. 99.00 B
Ob.-Deichh.-Obh. 102.70 B
Berl. Stadt-Ob. 95.50 B
do. do. 108.40 G
Saldö. d. B. Kfm. 104.40 B
Pfandbriefe: do. 100.80 B
Bors. u. Neumärk. 95.25 B
do. neue 91.00 B
do. 101.00 B
R. Bronchg. Kred. 91.00 B
Düppelb. 100.40 B
do. do. 91.00 B
Bestpr. ritterjäh. 100.60 G
do. L. B. 100.40 B
do. II. Serie 103.80 B
Neulösch. II. Serie 103.60 B
Posensche, neue 100.40 B
Sächsische 90.90 B
Pommersche 100.60 B
do. 102.00 B
Schlesische alt. do. alte A.
do. neue I.
Rentenbriefe: Kur. u. Neumärk. 100.60 G
Pommersche 100.60 G
Posensche 100.70 B
Preußische 100.60 G
Reichs- u. Westfäl. 100.80 B
Sächsische 100.90 B
Schlesische 101.00 B
20-Frankstude do. 500 Gr.
Dollars Imperial 16.66 G
do. 134.50 G
Engl. Banknoten 20.47 B
do. einlösbar. Leipa. 80.95 B
Französl. Banknot. 170.35 B
Desterr. Banknot. do. Silbergulden 206.15 B
Russ. Roten 100 Rbl. Deutsche Höndes. 410.30 B
Dtsch. Reichs-Anl. 144.50 G
Pess. Prsch. a 40 Th. 307.00 B
Bab. Br. v. 67. 132.60 B
do. 35 fl. Oblig. 212.00 G
Bair. Präm. Anl. 133.75 B
Braunsch. 20 thl. 98.25 B
Brem. Anl. v. 1874 128.60 B
Königl. Präm. Anl. 120.00 G
Goth. Br. Pfdr. 117.90 B
Hamb. 50-Thlr. 187.90 B
Büdeder Br. Anl. 27.10 G
do. Br. Pfdr. 118.60 G
Oldenburger Loos 150.00 B
D.-G.-C.-B.-Pf. 110 95.90 B
do. do. 108.50 G
Dtsch. Hypoth. unf. 102.20 B
Rein. Hyp.-W. 101.00 B
Proß. Großr. H.-W. 100.10 G
Pomm. Hyp.-Pfdr.

haltung des Friedens jetzt auch dort mehr und mehr Wurzel fasst, demnach hätte dann auch die Haufe auf eine kräftige Unterstützung von dieser Seite zu hoffen. Die internationalen Spekulationspapiere verfolgten keine einheitliche Haltung. Österreichische Kreditaktien konnten sich ungefähr auf ihrem bisherigen Kursstande behaupten, Franzosen lagen dagegen schwach und Lombarden blieben ganz vernachlässigt. Für andere österreichische Bahngesellschaften zeigte sich eine günstige Meinung und waren namentlich Galizier in dieser Hinsicht ausgezeichnet. Von einheimischen Bahn-Aktien zogen wiederum Marienburg-Mlawka die Aufmerksamkeit in höherem Grade auf sich. Anfänglich war der Kurs zwar etwas gedrückt, gleich jedoch bald die

Bank- u. Kredit-Aktien.

Pomm. K. B. L. 120/5 105.20 B
do. II. IV. 110.5 102.80 B
Pomm. III. rh. 100.5 100.00 G
Pr. C. B. G. Br. rg. do. do. 110 5 112.50 G
do. do. 110 4 108.00 G
Pr. C. B. Pfdr. 100 5 104.30 B
do. do. 110 4 102.90 B
do. (1872 u. 74) 4 99.20 G
do. (1872 u. 73) 5 5
do. (1874) 5
do. 102.70 B
do. 95.50 B
Pr. Hyp.-A. B. 120 4 103.00 G
do. II. r. 100 5 100.00 G
do. 100.50 B
Schles. Bod.-Cred. 5 102.10 G
do. do. 4 105.90 G
do. 100.50 B
Stettiner Kas.-Hyp. 5 100.50 B
do. do. 4 102.50 B
Königsberger Obligat. 5 110.80 G
Aussländische Höndes.
Amerik. gef. 1881 8
do. do. 1885 8
do. do. Bds. (fund.) 5
Norweger Anleihe 4 125.50 G
Newyork. Std.-Ahl. 6 80.50 B
Desterr. Goldrente 4 64.90 G
do. Pap.-Rente 4 64.90 G
do. Silber-Rente 4 65.75 B
do. Cr. 100 f. 1858—343.00 B
do. Cr. 100 f. 1860 5 121.40 B
do. do. 1864—323.00 G
do. do. 1871—101.90 B
Ungar. Goldrente 6 95.30 B
do. St.-Eisb. Ait. 5 230.50 B
do. Loos 90.25 B
Italienische Rente 5 90.25 B
do. Tab.-Oblig. Rumänier 8
Finntische Loos 49.25 G
Rusf. Centr.-Bob. 5 72.00 B
do. Boden-Credit 5 81.90 B
do. Engl. A. 1822 5 64.10 G
do. do. A. v. 1862 5 85.00 B
Rusf. fund. A. 1870 5 120.00 B
do. do. 1871 5 86.00 B
do. do. 1872 5 86.00 B
do. do. 1875 4 77.10 G
do. do. 1877 5 89.20 B
do. do. 1880 4 71.40 B
do. do. 1886 5 137.60 B
do. do. 1886 5 141.00 B
do. do. 1886 5 186.00 B
do. A. Stieg. 5 58.60 B
do. 8. do. 82.40 B
do. Vol. Sch.-Obi. 4 83.40 B
do. do. kleine 5 63.80 B
Poln. Pfandbr. 5 63.80 B
do. do. 5 55.40 B
do. do. 1865—13.50 B
do. do. v. 1869 3
do. do. Loos volleza. 3
*) Wechsel-Courte.
Amsterd. 100 fl. 8 Z. 169.35 B
do. 100 fl. 2 M. 168.15 B
London 1 Lst. 8 Z. 20.45 B
do. do. 3 M. 20.33 B
Paris 100 Fr. 8 Z. 80.95 B
Bla. Btp. 100 fl. 8 Z. 80.90 B
do. do. 100 fl. 2 M. 80.35 B
Wien öst. Währ. 8 Z. 170.20 B
Wien öst. Währ. 2 M. 169.40 B
Vetersb. 100 R. 8 W. 204.90 B
do. 100 R. 3 M. 203.70 B
Barthaus 100 R. 8 Z. 206.00 B
Barthaus 100 R. 8 Z. 206.00 B
*) Bindfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 fl., Ban- distonto in Amsterdam 5. Bremen — 5. Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4, Ham- burg —, Leipzig —, London 3, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 fl.

per April-Mai 141 Br. 140½ B, per Mai-Juni 137½ M. per Juni-Juli 136 Mark, per September-Oktöber 136 M. Gekündigt — Bentner. Regulierungspreis — Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 0: 31.00 bis 29.50 Mark, 0: 28.50 bis 27.50 M., 0/1: 27.50 bis 26.50 Mark. — Roggenmehl inl. Sac 0: 23.50 bis 22.50 Mark, 0/1: 22.00 bis 21.00 Mark, per April 21.95 bis 21.85 bezahlt, ver April-Mai 21.90—21.80 bezahlt, ver Mai-Juni 21.75—21.65 bezahlt, ver Juni-Juli 21.65—21.55 bezahlt, ver Juli-August 21.55—21.45 bezahlt, ver September-Oktöber 21.40—21.30 bezahlt. — Gekündigt 500 Bentner. — Regulierungspreis 21.85 Mark. — Delsaat per 1000 Kilo — M. Winterriep — M. Winterriep — — Mark. — Rüböl per 100 Kilo lolo ohne Fas 55.3 M. lolo mit Fas — Mark, per April — bezahlt, per April-Mai 55.9 bezahlt, per Mai-Juni 55.8 bezahlt, Juni-Juli — M. per September-Oktöber 56.0 bez. Gekündigt 1000 Ztnr. Regulierungspreis 55.9 Mark. — Leinöl per 100 Kilo lolo 59 M. — Petroleum per 100 Kilo lolo 24.0 Mark, per April 23.3 Mark, per April-Mai 23.0 bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt, per September-Oktöber 23.9 bezahlt. — Gekündigt — Bentner. Regulierungspreis — Mark. — Spiritus per 100 Liter lolo ohne Fas 44.1 bezahlt, mit Fas 45.6 bezahlt, ver April 46.2—46.4 bezahlt, per April-Mai 46.2—46.4 bezahlt, ver Mai — bezahlt, per Mai-Juni 46.3—46.6 bezahlt, ver Juni — bezahlt, ver Juli-Juli 47.0—47.2 bezahlt, ver Juli-August 47.9—48.2 bezahlt, August-September 48.5—48.6 bezahlt, per September-Oktöber 48.4—48.5 bezahlt. — Gekündigt 290.000 Liter. Regulierungspreis 46.4 Mark. (B. B.-3.)

Stettin, 13. April. [An der Börse.] Wetter: Bewölkt.

+ 8 Gr. R. Barometer 28, 4. Wind: RO.

Weizen etwas teurer, per 1000 Kilo lolo gelber 210 bis 220 Mark, weicher 212—221 Mark, geringer 185—190 Mark, per April-

Mai 223 M. bezahlt, per Mai-Juni 220.5 M. bezahlt, per Juni-Juli 219 M. bez., per Juli-August 214.5—215 M. bez., per September-Oktöber 210.0 M. Gd. — Roggenmehl besser, per 1000 Kilo lolo inländischer 152—154 M. ord. Russischer 148 M. Br., per April-Mai 154 M. bez., per Mai-Juni 153—153, 5—153 M. bez., per Juni-Juli 151.5—152 M. bez., per Juli-August 151.5 M. Gd., per September-Oktöber 151—151.5 M. bez. — Gekündigte ohne Handel. — Hafer stille, per 1000 Kilo lolo Pomm. 128—135 M. do. ordinären 120 bis 125 M. seiner bis 145 M. bez., Russ. 120—130 M. — Erbsen und Mais ohne Handel. — Winterriepen ruhig, per 1000 Kilo per April-Mai —, per Mai-Juni —, per Juni-Juli — M. per Juli-August — M. bez., per September-Oktöber 259—258 M. bez. — Rüböl geschäftlos, per 100 Kilo lolo ohne Fas bei Kleinleuten 57. M. Br., Anmeld. — M. bez., per April-Mai 56 M. Br., Mai-Juni — M. bez., per September-Oktöber 56 Mark Br. — Winterriepen per 1000 Kilo lolo — M. bez. — Spiritus wenig verändert, per 10,000 Liter v. Et. lolo ohne Fas 42.5 M. bez., mit Fas — M. per April —, per April-Mai 45 M. bez., per Mai-Juni 45.5—45.4 M. bez., per Juni-Juli 46.1—46 M. bez., per Juli-August 46.9—46.8 M. bez. Br. u. Gd., per August-September 47.6 M. Gd., per September-Oktöber — Angemeldet: — Bentner Roggen, — Bentner Rübben, — Bentner Rüböl, 10,000 Liter Spiritus. — Regulierungspreise: Weizen 223.0 M., Roggen 154 M., Rübben — M., Rüböl 56, Spiritus 45.2 Mark. — Petroleum lolo ohne Fas 7.3 M. trans. bezahlt, alte Usanze — M. tr. bez., per September-Oktöber — M. trans. bez. Regulierungspreis 7.3 M. tr. (Officier-Stg.).

Berlin, 13. April. Zwar herrschte auch heute eine recht feste Tendenz, dennoch fanden es größere Spekulanten für angezeigt, mit umfangreichen Blanksagaben in den Markt zu treten. Die solcher Gestalt auftretende Bahnströmung fuhrte indeß nur auf schwachem Grunde und hörte man vielfach die Neuerzung, daß hierzu lediglich die kaum einmal verbürgte Nachricht, daß der Massen-Berwalter der Union générale eine Einzahlung auf die jungen Aktien des Institutes ausschreiben werde, die Veranlassung geboten habe. Bald jedoch fand günstigere Tendenz zum Durchbruch. Die umfangreichen, aus den Kreisen des Privat-Publifums an den Markt gelangenden Kaufordnungen zu deutlich erkennen, daß das Vertrauen auf eine dauernde Er-

haltung des Friedens jetzt auch dort mehr und mehr Wurzel fasst, demnach hätte dann auch die Haufe auf eine kräftige Unterstützung von dieser Seite zu hoffen. Die internationalen Spekulationspapiere verfolgten keine einheitliche Haltung. Österreichische Kreditaktien konnten sich ungefähr auf ihrem bisherigen Kursstande behaupten, Franzosen lagen dagegen schwach und Lombarden blieben ganz vernachlässigt. Für andere österreichische Bahngesellschaften zeigte sich eine günstige Meinung und waren namentlich Galizier in dieser Hinsicht ausgezeichnet. Von einheimischen Bahn-Aktien zogen wiederum Marienburg-Mlawka die Aufmerksamkeit in höherem Grade auf sich. Anfänglich war der Kurs zwar etwas gedrückt, gleich jedoch bald die

Eisenbahnen-Gesamt-Aktien.

	100,25 B	100,70 B	103,70 G
Wiederschl.-Märk. 4	100,70 B	103,70 G	
Athen. St. abg. 6	162.80 B	102,60 B	
do. neue 4 proc. 5	161,40 B	do.	
do. Lit. B. gar. 4	100,80 G	do.	
		Oberschles. v. 1875 4	
		do. v. 1874 4	103,70 G
		do. v. 1873 4	102,60 G
		do. v. 1872 4	102,50 B
		do. v. 1871 4	102,50 B
		do. v. 1870 4	102,50 B
		do. v. 1869 4	102,50 B
		do. v. 1868 4	102,50 B
		do. v. 1867 4	102,50 B
		do. v. 1866 4	102,50 B
		do. v. 1865 4	102,50 B
		do. v. 1864 4	102,50 B
		do. v. 1863 4	102,50 B
		do. v. 1862 4	102,50 B
		do. v. 1861 4	102,50 B
		do. v. 1860 4	102,50 B
		do. v. 1859 4	102,50 B
		do. v. 1858 4	102,50 B
		do. v. 1857 4	102,50 B
		do. v. 1856 4	102,50 B
		do. v. 1855 4	102,50 B
		do. v. 1854 4	102,50 B
		do. v. 1853 4	102,50 B
		do. v. 1852 4	102,50 B
		do. v. 1851 4	102,50 B
		do. v. 1850 4	102,50 B
		do. v. 1849 4	102,50 B
		do. v. 1848 4	102,50 B
		do. v. 1847 4	102,50 B
		do. v. 1846 4	102,